

CDU Ronnenberg lehnt Resolution des Bürgermeisters ab

Die CDU Ronnenberg lehnt die Resolution des Rates zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz ab, teilt die CDU Fraktionsvorsitzende Stephanie Harms mit. In der Resolution wird die Landesregierung aufgefordert, das bereits vom Bundestag beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz abzulehnen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sieht Entlastungen für Bürger und Unternehmen in einer Größenordnung von 8,4 Mrd. Euro vor. Davon tragen 74% der Bund und nur 26% die Länder und Kommunen, erklärt der CDU Stadtverbandvorsitzende Hans-Georg Meyer.

Insbesondere die Familien profitieren bundesweit in Höhe von rund 4,6 Mrd. Euro davon. Weiterhin wird es wirtschaftliche Verbesserungen bei Unternehmen geben, die dadurch Arbeitsplätze sichern können. Die Landwirtschaft soll genau so vom neuen Gesetz profitieren, denn die Förderung von Biokraftstoffen wird nicht wie geplant vermindert. Die umsatzsteuerlichen Veränderungen in der Beherbergungsbranche können Impulse für notwendige Modernisierungen sein und zu erhöhten Investitionsausgaben führen. Über alles gesehen wird das Wachstumsbeschleunigungsgesetz seinem Namen gerecht und kann bereits zum Jahresanfang einen kraftvollen wirtschaftlichen Start auslösen. Die neue Bundesregierung, die mehrheitlich bei der Bundestagswahl gewählt wurde, hält ihr Versprechen ein, so Carsten Mauritz – stellvertretender Bürgermeister -.

Stephanie Harms macht deutlich, dass die beschlossenen Maßnahmen sich auch positiv bis tief in alle kommunalen Ebenen auswirken. Eine davon abweichende und einschränkende Betrachtung unter dem Motto „wir machen hier Politik und sind nur den Bürgern der Gemeinde Ronnenberg verpflichtet“ kann deshalb nicht akzeptabel sein.

Hans-Georg Meyer: „Bereits die schwarz-rote Vorgängerregierung hatte Steuerentlastungen von bis zu 14 Milliarden Euro ab Januar 2010 beschlossen“.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ergänzt diese Vorhaben nur noch, erklären die Ronnenberger Christdemokraten. In der Resolution werden nur die Belastungen, die auf die Kommunen zukommen, dargestellt. Völlig unbeachtet bleiben die aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz sich ergebenden Kaufkraftzuwächse in der Stadt Ronnenberg und ihren Gemeinden, so Carsten Mauritz weiter.

Die Fraktionsvorsitzende erinnert daran, dass Ronnenberg im Rahmen des Konjunkturpaketes 900.000,00 € in 2009 erhalten hat. Nicht zu vergessen sind die Bedarfszuweisungen in Millionenhöhe, die Ronnenberg in den letzten Jahren erhalten haben, so Stephanie Harms weiter.

Die CDU Landtagsabgeordnete Gabriela Kohlenberg berichtet, dass sich außerdem die niedersächsische Landesregierung um einen Ausgleich für die Mindereinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer in den Kommunen einsetzen wird.